

## 6. Schluss

Die Politik der Europäischen Union wirft Fragen für forstliche Akteure in Bayern und in anderen Bundesländern auf. Es gibt keine gemeinsame Forstpolitik, aber vermehrt umwelt-, agrar- und handelspolitische Entscheidungen, die forstlich relevant sind. Neben den Bundes- und Landesforstpolitiken gibt es europäische und internationale Politikentwicklungen, die in den forstpolitischen Kompetenzbereich der Bundesländer hinein wirken. Das vorliegende Handbuch soll helfen, die diesen Entwicklungen zugrunde liegenden Vorgänge im europäischen Regieren verständlich zu machen. Darauf aufbauend werden Möglichkeiten der effektiven Einflussnahme aufgezeigt.

Hierfür haben wir im Projekt kontinuierlich mit der Bayerischen Forstverwaltung zusammengearbeitet, Zwischenergebnisse reflektiert und im Hinblick auf ein forstpolitisches Agieren im Bund und in Europa diskutiert. Mit den vielfältigen Rückkopplungsschleifen im Projektverlauf war es möglich, für die Forstpraxis relevantes Handlungswissen zu generieren. Ob das Handbuch Orientierung liefert, ein frühzeitiges Engagement erleichtert und eine wirksame Beteiligung in EU Politikprozessen befördert, ist jedoch letztlich von unserer Zielgruppe abhängig. Da viele Praxispartner an der Entstehung des Handbuchs beteiligt waren, stehen die Chancen hierfür gut.

Abrundend wird hier eine Reihe von Schlussfolgerungen formuliert, mit denen die wesentlichen Punkte aus den vorangegangenen Kapiteln aufgegriffen und zugespitzt werden. So stellt das zweite Handbuchkapitel die aus unserer Sicht zentralen Akteure im EU Forstpolitikfeld auf Ebene des Freistaats Bayern, des Bundes und der EU veranschaulichend dar (Abb. Forstpolitikfeldkarte EU). Da für das Verständnis politischer Prozesse in der EU neben den Akteuren auch das Interaktionsgeschehen zwischen ihnen wichtig ist, werden auch Verbindungen und Arenen der gegenseitigen Abstimmung (Plattformen) aufgezeigt. Gremien und Ausschüsse auf Bundes- und EU Ebene, wie etwa die Forstchefkonferenz, der DFWR Ausschuss für Europapolitik, der Ständige Forstausschuss oder die Civil Dialogue Group on Forestry and Cork der Kommission, sind in mehrfacher Hinsicht wertvolle Arenen der Interessenvertretung. Einblicke in relevante Politikentwicklungen können frühzeitig erhalten, Interessen abgestimmt und für eine effektive Einflussnahme ggf. gemeinsame Ziele verhandelt werden. Schlussfolgernd lässt sich hierzu festhalten:

Forstliche Akteure sollten ihre Interessen im Umfeld europäischer Institutionen vertreten und hierfür auch die Bund-Länder Koordinierung im Rahmen der Forstchefkonferenz nutzen, wenn sie gehört werden und durchsetzungsfähig sein wollen.

Das Kapitel zu den Inhalten des EU Forstpolitikfeldes vermittelt einen Eindruck von der Vielfalt der Regelungen und Initiativen verschiedener Politikbereiche, die die Forstpolitik in der EU prägen. Häufig sind es andere Sektoren und Akteurskonstellationen, die beeinflussen, was EU-weit für Wälder und die Waldbewirtschaftung gelten soll. Diese Entwicklung wird entscheidend von der Europäischen Kommission vorangetrieben. In Bereichen für die es EU Kompetenzen gibt, nutzt die Kommission ihr Vorschlagsrecht und initiiert Politiken von gemeinschaftlichem Interesse. Wenn die Kommission unter Federführung verschiedener Generaldirektionen EU Politiken initiiert, antizipiert sie Mehrheiten im Rat und im Parlament. Entscheiden Rat und Parlament über Gesetze, unterstützt die Kommission bei der Kompromissfindung.

Um Entwicklungstendenzen im EU Forstpolitikfeld besser abschätzen zu können, ist ein vertieftes Verständnis der Kommission zwingend erforderlich. Die in Deutschland geläufige Unterscheidung zwischen Forst- und Umweltseite kann nicht 1:1 auf die EU Ebene übertragen werden. Zum einen, weil die Generaldirektion für Landwirtschaft keine führende Rolle im EU Forstpolitikfeld einnimmt. Zum anderen sind neben der Generaldirektion für Umwelt zuletzt auch die Generaldirektionen für Klima sowie für Binnenmarkt und Unternehmertum (GROW) und für Energie im EU Forstpolitikfeld aktiv. Wald- und forstlich relevante EU Richtlinien, Verordnungen und Strategien sind inhaltlich in manchen Bereichen von der Forstpolitik im Bund und in den Bundesländern entkoppelt. Angesichts der vielfältigen Inhalte kann geschlussfolgert werden:

Forstpolitik in der EU ist ohne Zentrum. Die Kommission hat kein aktives Interesse an der Etablierung einer gemeinsamen Forstpolitik. Jedoch verfolgen einzelne Generaldirektionen ihre spezifischen Interessen aktiv. Weil dies so ist, sind forstliche Akteure aus den Mitgliedstaaten gefordert, sich breit aufzustellen, zu vernetzen und gemeinsame Ziele zu verhandeln.

Die für den Austausch und die Abstimmung zum forstpolitischen Engagement in der EU zwischen Brüssel, Bonn und München notwendige Vernetzung stellt die Beteiligten vor besondere Herausforderungen. Erwartungen für das jeweilige Handeln sollten geklärt und eine Verständigung über die Auslegung des Subsidiaritätsprinzips erfolgen. Grundsätzlich gilt, dass das BMEL hauptverantwortlich forstliche Positionen in EU Politikprozesse einbringt und hierfür die Landesforstverwaltungen einbezieht – etwa im Ständigen Forstausschuss und der Ratsarbeitsgruppe Wald.

Angesichts von Dynamik und zugenommener Regelungsdichte im EU Forstpolitikfeld wird von verschiedener Seite angeregt, ein forstpolitisches Handlungsmandat auf EU Ebene einzurichten. Beispielweise könnte ein zweiter Spiegelreferent des StMELF in der Bayerischen Vertretung relevante Politikprozesse in Brüssel gezielt beobachten und als „Router“ für forstliche Belange aus Bayern agieren.

Waldbesitzerverbände bringen ihre Positionen und Einschätzungen in EU Politikprozesse zunehmend im Rahmen strategischer Allianzen ein. Im Lobbying können sie expliziter ihre Interessen vorbringen als dies für staatliche Akteure möglich und sinnvoll wäre. Landesforstverwaltungen und -ministerien sowie der Bund sind gefordert, das gestiegene Interesse an EU Themen im Forstsektor aufzugreifen und zu kanalisieren. Die Rahmenbedingungen

haben sich geändert, die spezifischen Ziele in der Fläche eher weniger. Das abschließende Plädoyer fasst die zentrale Erkenntnis aus dem Projekt zusammen:

Landnutzung ist zu einem umfassenden Thema in der europäischen Politik avanciert. Was Wälder leisten, wie sie genutzt und geschützt werden können, sind zentrale Fragestellungen in diesem Bereich. Wenn Forstpolitik auch in Zukunft Gestaltungsspielräume auf lokaler und regionaler Ebene sichern und nutzen soll, sind Abwehr und Abschottung gegenüber der EU Ebene keine Option. Landesforstverwaltungen, -betriebe und Verbände handeln im eigenen Interesse, wenn sie Politikprozesse in der EU antizipieren.

Landnutzung ist zu einem umfassenden Thema in der europäischen Politik avanciert. Was Wälder leisten, wie sie genutzt und geschützt werden können, sind zentrale Fragestellungen in diesem Bereich. Wenn Forstpolitik auch in Zukunft Gestaltungsspielräume auf lokaler und regionaler Ebene sichern und nutzen soll, sind Abwehr und Abschottung gegenüber der EU Ebene keine Option. Landesforstverwaltungen, -betriebe und Verbände handeln im eigenen Interesse, wenn sie Politikprozesse in der EU antizipieren.